

Niederschrift

über die 13. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Sport und Kultur der Stadt Geilenkirchen am Dienstag, dem 19.06.2018, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Sachstandsbericht "Schulen des gemeinsamen Lernens"
Vorlage: 1291/2018
2. Bericht über das Anmeldeverfahren an den städtischen Grundschulen für das Schuljahr 2018/2019
Vorlage: 1292/2018
3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hinsichtlich eines Raumkonzepts für die OGS
Vorlage: 1293/2018
4. Schülerbeförderung nach Schulschluss der OGS
Vorlage: 1294/2018
5. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Stand des Brandschutzes an der KGS Geilenkirchen
Vorlage: 1295/2018
6. Antrag der Fraktion Geilenkirchen bewegen! und FDP hinsichtlich der Förderung von Schulfahrten zu Gedenkstätten
Vorlage: 1296/2018
7. Bauvorentwurf zur Erneuerung der Sportfreianlage Immendorf sowie Fortschreibung des Entwicklungs- und Sanierungskonzeptes der städt. Sportfreianlagen i.d.F. vom 05.04.2017
Vorlage: 1274/2018
8. Anfragen

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Herr Marko Banzet

Mitglieder

2. Herr Hans-Jürgen Benden
3. Frau Karola Brandt
4. Frau Christa Butenschön
5. Frau Jennifer Diederichs
6. Herr Christoph Grundmann
7. Frau Theresia Hensen
8. Herr Bernhard Kozikowski
9. Herr Leonhard Kuhn
10. Herr Stefan Mesaros
11. Herr Lars Speuser
12. Frau Ruth Thelen
13. Herr Heinz-Josef von St. Vieth
14. Herr Max Weiler

Beratendes Mitglied gemäß § 58 GO

15. Herr Uwe Böken
16. Herr Peter Pauli

Stellvertretendes Mitglied

17. Herr Ingo Schäfer als Vertreter für Herrn Thomas Klein

Sachkundige/r Bürger/in

18. Herr Uwe Jöris
19. Herr Frank Paulus
20. Herr Heinz-Arno Plum
21. Herr Werner Thamer
22. Frau Katja Wegner-Hens

von der Verwaltung

23. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
24. Herr Bürgermeister Georg Schmitz
25. Frau Anja Wallbaum

Protokollführer

26. Herr Hermann-Josef Lehnen

Es fehlten:

27. Herr Michael Kappes
28. Herr Nils Kasper
29. Herr Thomas Klein
30. Frau Pfarrerin Anne Lungová

Der Vorsitzende eröffnete um 18:00 Uhr die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden.

Der Vorsitzende stellte fest, dass Frau Lungova nicht an der Sitzung teilnehmen könne und sich entschuldigt habe.

Vor Aufruf der Tagesordnung stellte der Vorsitzende fest, dass die Fraktionen vor der Sitzung dahingehend übereingekommen seien, den Tagesordnungspunkt 7 von der Tagesordnung zu nehmen und zu einem späteren Zeitpunkt zu behandeln. Der Vorsitzende stellte den Beschlussvorschlag, den Tagesordnungspunkt 7 von der Tagesordnung zu nehmen, zur Abstimmung. Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig angenommen.

I. Öffentlicher Teil

TOP 1 Sachstandsbericht "Schulen des gemeinsamen Lernens" Vorlage: 1291/2018

Der Vorsitzende bat Herrn Beigeordneten Brunen, die Situation noch einmal kurz vorzustellen.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass es im Hinblick auf die Versorgung der einzelnen Schulen mit Lehrpersonal, insbesondere auch mit Blick auf Kinder mit einem besonderen Förderbedarf, sehr unterschiedliche Verhältnisse an den jeweiligen Schulen im Stadtgebiet gebe. Die Verwaltung wolle den Ausschuss hierüber informieren und auf dem Laufenden halten und habe die Ergebnisse der Befragung der betreffenden Schulen in der Vorlage zusammengefasst. Die Versorgung der Schulen mit Lehrpersonal liege nicht in der Zuständigkeit der Stadt. Daher könne nicht unmittelbar auf die unterschiedlichen Verhältnisse eingewirkt werden. Hier sei die Politik gefordert, ihren Einfluss geltend zu machen und so eine Änderung herbei zu führen.

Herr Benden erklärte, dass man alle Kanäle nutzen müsse, um Verbesserungen herbeizuführen, stellte jedoch gleichzeitig fest, dass dies nicht helfen werde. Die Situation habe unter allen politischen Koalitionen in Düsseldorf nicht verbessert werden können. Die Kommunen müssten die hierdurch eintretenden Situationen vor Ort ausbaden.

Er erkundigte sich danach, wie eine Steigerung von 4 auf 13 Kinder mit Förderbedarf innerhalb eines Jahres zustande komme.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass sich die Zahlen unmittelbar aus den erfolgten Anmeldungen sowie den diesbezüglich gemachten Angaben ergäben.

Unter Hinweis auf die vorliegenden Zahlen und die offensichtliche Steigerung der Anzahl der Kinder mit einem besonderen Förderbedarf stellte Herr Benden fest, dass in den betreffenden Schulen mehr Fachpersonal eingesetzt werden müsse. Das Schulverwaltungsamt der Stadt müsse den Kreis auffordern, den Schulen mehr Lehrpersonal zu zuweisen.

TOP 2 Bericht über das Anmeldeverfahren an den städtischen Grundschulen für das Schuljahr 2018/2019 Vorlage: 1292/2018

Beigeordneter Brunen erläuterte, dass die Klassenbildung an den städtischen Schulen abgeschlossen sei. Unter Hinweis auf den ursprünglichen Beschluss des Ausschusses stellte Herr Brunen fest, dass das Schulamt des Kreises Heinsberg die Klassenzahl gegen die Entscheidung des Rates verändert habe und an der GGS Geilenkirchen nunmehr nicht wie ursprünglich vorgesehen drei, sondern nur zwei Eingangsklassen gebildet würden. Die Veränderung ergäbe sich aufgrund der Änderung der Schülerzahlen und des zur Klassenermittlung anzuwendenden

den Berechnungsmodus. Die Änderung an der GGS sei jedoch die einzige Abweichung vom Beschluss des Rates.

Beigeordneter Brunen führte weiter aus, dass der Schulrat sich bereit erklärt habe, vor dem nächsten Verfahren im Ausschuss einmal persönlich die rechtlichen Grundlagen und Voraussetzungen zu erläutern, damit diese für die Ausschussmitglieder nachzuvollziehen seien. Terminlich sei ein entsprechender Bericht für die aktuelle Sitzung leider nicht möglich gewesen.

Frau Thelen erkundigte sich danach, ob alle Schüler an den Schulen angemeldet seien, die melderechtlich erfasst seien und der Schulpflicht unterlägen.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass im Rahmen des Anmeldeverfahrens alle Kinder erfasst seien. Änderungen ergäben sich jedoch noch im Bereich der Förderschulen.

Frau Thelen verglich die aktuellen Zahlen mit denen aus dem Jahr 2017 und stellte fest, dass damals 14 Kinder mehr angemeldet waren. Wenn die Zahlen so bestehen blieben, wäre die Klassenbildung in Ordnung. Die Zahlen seien aber in der Vergangenheit regelmäßig noch gestiegen, und dann müsste hier eine Veränderung der Klassenzahl erfolgen.

Herr Weiler erklärte, dass es Kaffeesatzleserei sei, wenn man im November und Dezember versuche, die Klassenstärken für das kommende Schuljahr zu planen. In den Sommerferien beispielsweise würden immer noch Kinder von Nato-Angehörigen hinzukommen und Veränderungen nach sich ziehen. Die tatsächliche Situation im neuen Schuljahr werde nie absolut richtig mit der Planung übereinstimmen können.

Herr Benden stellte fest, dass maßgebend sein müsse, für welche Schule sich die Eltern entscheiden würden. Man könne die Belegung natürlich steuern und die Eltern dahinbringen, ihre Kinder in einem anderen Ortsteil anzumelden. Das dürfe jedoch nicht das Ziel sein. Insofern dürfe man nicht die Landesregierung unterstützen, sondern müsse für die Kinder und deren Eltern sprechen. Der Ausschuss solle der Entscheidung des Schulamtes nicht folgen. Man solle nicht den Kopf in den Sand stecken. Die Verwaltung müsse das Problem mit dem Schulamt noch einmal kommunizieren.

Herr Benden erkundigte sich noch einmal danach, wo die Steigerung auf 13 Kinder bei den Kindern mit Förderbedarf herrühre.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass die Zahl Ausfluss der von den Schulen gemeldeten Zahlen sei.

Herr Benden erklärte, dass man nicht sagen könne, wie viele Eltern ihre Kinder in Fördereinrichtungen schicken würden. Es müsse Auftrag der Verwaltung sein, hier für eine entsprechende Versorgung zu sorgen.

Frau Brandt stimmte Herrn Benden zu und erklärte, dass sie auch ein Problem bei den Kindern sehe, die die erste Klasse wiederholen würden und dass hieraus sich ggf. weiterer Platzbedarf mit besonderem Förderbedarf an den Schulen ergeben würde, die Zahl von 13 noch einmal steigen könne. Man solle daher nicht zu früh die Klassenzahlen festhalten.

Beigeordneter Brunen erläuterte noch einmal, dass der Stichtag 15.01. eine rechtliche Vorgabe und daher für die Meldung der Zahlen einzuhalten sei, wohlwissend, dass sich bis zum Beginn des Schuljahres noch Änderungen ergeben würden. Unter Hinweis auf die Ausführungen von Herrn Benden machte Herr Brunen noch einmal deutlich, dass die Kommunen in Sachen Schulpolitik nicht gut bedient würden und die Situation hier besser sein könne.

Frau Thelen wandte ein, dass die GGS keine weiteren Schüler aufnehme, wenn die Klassenzahl nach der Entscheidung des Schulamtes akzeptiert werde. Die Eltern, die noch einen Platz für ihre Kinder bräuchten, würden dann an anderen Grundschulen verwiesen.

Herr Thamer fragte nach, was sei, wenn die Schülerzahlen nach dem 01.08. noch weiter ansteigen würden und dann nicht nachzubessern wäre.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass dann die Situation verändert und nachgebessert werden könne.

Herr Mesaros stellte fest, dass man in jedem Jahr die gleiche Situation vorfinde und hierüber heftig diskutiere. Er sei der Auffassung, dass man die durch die rechtlichen Vorgaben immer wieder eintretende Situation irgendwann akzeptieren oder aber schlüssige Lösungsmöglichkeiten finden müsse.

Der Vorsitzende erklärte, dass man das Ansinnen des Ausschusses noch einmal bei der Kreisverwaltung vorbringen könne, sah aber gleichzeitig keine Aussicht auf Erfolg.

Herr Benden entgegnete, dass sich der Ausschuss als Fachgremium für die Belange der Kinder und Eltern einsetzen müsse, auch wenn keine Aussicht auf Erfolg bestehe. Der Beschluss des Ausschusses müsse erneuert und dahingehend erweitert werden, dass keine Kinder abgewiesen würden, weil zu wenige Klassen bestünden. Wenn die Zahlen es hergäben, müssten weitere Klassen gebildet werden. Auch sei ein Auftrag an die Verwaltung zu richten, der Entscheidung des Schulamtes aktiv zu widersprechen. Der Druck in der Sache müsse aufrecht gehalten werden.

Der Vorsitzende wies noch einmal darauf hin, dass es bereits einen Beschluss des Ausschusses gebe.

Herr Weiler stellte fest, dass in den zuvor erfolgten Ausführungen der Halbsatz „wenn die Zahlen es hergeben“ sehr wichtig gewesen sei. Es sei unbestritten, dass es besser sei, wenn eine Klasse weniger Kinder umfasse. Es sei aber Vorgabe, dass eine Klasse bis zu 29 Kinder umfassen könne. Die Stadt könne hier nicht selbst über die Klassengrößen und die Einstellungen von Lehrern entscheiden. Nach Auffassung von Herrn Weiler wachse sich das Problem aber aus, da seit 2012 steigende Geburtenraten und damit eine höhere Anzahl von Kindern zu verzeichnen sei. Hierdurch entstehe zukünftig ein grundsätzliches Platzproblem.

Herr Benden erklärte, dass Stichtag nur der 01.08. sein könne.

Frau Thelen wandte noch einmal ein, dass, wenn das Anmeldeverfahren zum jetzigen Zeitpunkt bereits abgeschlossen sei, die Schulen bereits vor dem 01.08. Aufnahmen von Kindern blocken würden. Das sei nicht richtig.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass der Stichtag für die Aufnahme bereits verstrichen sei und dass keine neue Entscheidung seitens des Schulamtes getroffen werde. Es sei im Übrigen so, dass nach Aussage des Schulamtes kaum eine Kommune die maximale Klassenzahl ausschöpfe. Geilenkirchen sei also diesbezüglich keine Ausnahme, sondern gehöre damit zu den Regelfällen.

Herr Benden forderte noch einmal einen Beschluss des Ausschusses, wonach Aufnahmen an den Schulen bis zum 01.08. erfolgen könnten.

Der Vorsitzende schlug vor, den bisherigen Beschluss beizubehalten und einen weiteren Beschluss dahingehend zu fassen, dass der Entscheidung des Schulamtes widersprochen und eine weitere Eingangsklasse an der GGS gefordert wird sowie Aufnahmen an den Schulen bis zum 01.08. erfolgen können. Der Vorsitzende stellte den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Entscheidung des Schulamtes über die Klassenbildung an den Grundschulen wird widersprochen und eine weitere Eingangsklasse an der GGS gefordert. Aufnahmen an den Schulen können bis zum 01.08. erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	16
Nein:	-
Enthaltung:	-

**TOP 3 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hinsichtlich eines Raumkonzepts für die OGS
Vorlage: 1293/2018**

Herr Benden nahm Bezug auf den Vortrag der Leiterin der OGS, Frau Knickmeier-Soudani, in einer der vorherigen Sitzungen und stellte fest, dass die Raumkapazitäten für die OGS nach wie vor in allen Schulen nicht ausreichen würden. Der Ausschuss habe bereits im letzten Jahr beschlossen, dass ein Raumkonzept für die Schulen erstellt werde. Nichts sei jedoch seitdem geschehen und die OGS in Geilenkirchen führe immer noch ein Dasein als Stiefkind.

Unter Bezugnahme auf die Verwaltungsvorlage erklärte Herr Benden, dass kreisweite einheitliche Standards, die eingeführt werden sollten, nicht ausreichend seien, da jede Schullandschaft anders aussehe und sich anders gestalte. Die OGS in Geilenkirchen müsse mittlerweile Schüler abweisen. In der KGS würden zeitweise 52 Kinder in einem Klassenraum betreut. Das sei ein nicht hinnehmbarer Zustand. In der Realschule zeichneten sich bereits jetzt ebenfalls beengte Verhältnisse ab.

Beigeordneter Brunen erklärte, dass sich die beengten Verhältnisse auf die OGS bezögen und nicht auf den Regelschulbetrieb.

Herr Benden fragte nach, warum die OGS in der Realschule zu wenig Platz habe, wenn doch genügend Räumlichkeiten zur Verfügung stünden. Das Raumproblem sei gegeben. In der Grundschule in Gillrath bestehe nach wie vor ein riesiges Raumproblem und nichts habe sich seit dem letzten Jahr getan. Es müsse jetzt weiträumig gedacht werden. Wenn der Kreis noch Zeit für die Ausarbeitung von Standards bräuchte, müsse die OGS trotzdem gut arbeiten können. Voraussetzung hierfür sei die auch eine ausreichende Raumsituation.

Beigeordneter Brunen trat dafür ein, nicht immer nur negative Aspekte in den Vordergrund zu stellen. Man sei froh, die Malteser vor nunmehr 10 Jahren für die Trägerschaft der OGS habe gewinnen können und sei von der geleisteten Arbeit begeistert. Jedoch sei die Vorstellung, die OGS werde als Stiefkind betrachtet, abwegig. Es sei sicher nicht alles optimal, das dürfe jedoch nicht dazu führen, alles negativ zu betrachten und darzustellen.

Herr Brunen erläuterte, dass das Verhältnis der Kinder, die in der OGS betreut würden zur Gesamtzahl der Schüler an den betreffenden Schulen sich im kreisweiten Vergleich im Mittelfeld bewege. Die OGS sei derzeit noch ein freiwilliges Angebot und es bestehe kein Einfluss auf die Nachfrage der Eltern. Bei der Raumversorgung gebe es im Kreisgebiet große Unterschiede. In Kommunen, in den die Quote höher sei, finde eine parallele Nutzung von Räumlichkeiten statt, was ebenfalls zu starken Belastungen des Personals und der Kinder führe. Vor diesem Hintergrund könne man die derzeitige getrennte Nutzung der Räumlichkeiten in der OGS in Geilenkirchen auch als Luxus bezeichnen. Herr Brunen räumte jedoch ein, dass spätestens mit dem Eintritt des Rechtsanspruches Änderungen eintreten müssten.

In der KGS werde eine Ausweitung nach dem Weggang der Tagespflegegruppe in 2019 stattfinden können. In Gillrath sei seinerzeit eine Lösung mit dem Schulleiter besprochen worden. Der Prozess sei jedoch durch dessen lange Krankheitsphase unterbrochen worden. Abschließend stellte Beigeordneter Brunen noch einmal fest, dass das Thema OGS es nicht verdient habe, so schlecht dargestellt zu werden.

Herr Benden erklärte, dass er grundsätzlich dem nicht widersprechen könne, aber trotzdem sei bis heute nichts passiert, was die Verbesserung der Raumsituation angehe. Der Vorschlag, dass die Tagespflege die Räume frei machen solle, sei schon im letzten Jahr gemacht worden. Er schlug vor, der Ausschuss solle die Verwaltung noch einmal explizit beauftragen, etwas zu tun.

Frau Thelen stellte fest, dass die beengten Verhältnisse in der Realschule auch mit der Entscheidung zusammenhängen, die Musikschule an die Realschule zu verlagern. Der Ausschuss sei bei diesem Beschluss völlig übergangen worden und das Thema habe nicht frühzeitig diskutiert werden können. Dies sei aus ihrer Sicht unmöglich.

Herr Pauli erklärte, dass er der OGS gerne mehr Räumlichkeiten zur Verfügung stellen würde, wenn der Umzug der Musikschule nicht geplant wäre und diese zukünftig die Räume nutzen werde.

Beigeordneter Brunen erklärte hierzu, dass derzeit noch die Abstimmungsgespräche mit allen Beteiligten liefen und die Interessen noch überein gebracht werden müssten.

Herr Benden verwies auf den Beschluss des Rates in nichtöffentlicher Sitzung und erklärte, dass er diesbezüglich die Aussage von Herrn Brunen nicht nachvollziehen könne. Wenn Räume vorhanden seien, müssten diese der OGS zur Verfügung gestellt werden. Auch Herr Benden betonte noch einmal, dass der Ausschuss bei einem solchen Thema nicht übergangen werden dürfe.

Der Vorsitzende wies abschließend darauf hin, dass ein Beschluss in der Angelegenheit bestehe und dieser weiterhin Gültigkeit habe, ein erneuter Beschluss also nicht gefasst werden müsse.

Herr Benden erklärte, dass ein Warten auf Kreis zu wenig sei in der Angelegenheit und dass das Thema in der nächsten Sitzung des Ausschusses erneut auf der Tagesordnung stehen werde. Beigeordneter Brunen erklärte, dass das Thema in der Verwaltung intensiv besprochen werde und eine Mitteilung erfolgen werde, sofern eine Einigung mit Blick auf die Interessen der Musikschule sowie der OGS erzielt werden würde.

**TOP 4 Schülerbeförderung nach Schulschluss der OGS
Vorlage: 1294/2018**

Beigeordneter Brunen erklärte, dass die Verwaltung beabsichtige, einen Bus zum Ende der OGS in der Grundschule Würm einzusetzen, der die Kinder aus Beeck nach Hause bringt.

Der Vorschlag wurde im Ausschuss von allen Seiten begrüßt. Der Vorsitzende stellte einen entsprechend formulierten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass ein Bus eingesetzt wird, der die Kinder nach dem Ende der Betreuung in der OGS nach Hause befördert.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	16
Nein:	-
Enthaltung:	-

**TOP 5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Stand des Brandschutzes an der KGS Geilenkirchen
Vorlage: 1295/2018**

Herr Benden erklärte, dass der Tagesordnungspunkt nunmehr schon in zwei Ausschusssitzungen behandelt worden sei. Trotzdem habe seine Fraktion den Tagesordnungspunkt wegen der Dringlichkeit erneut noch einmal auf die Tagesordnung setzen wollen.

Im letzten Jahr bereits habe die Verwaltung zugesichert, das Problem ernst zu nehmen und zeitnah für eine Lösung des Problems zu sorgen und Abhilfe zu schaffen im Hinblick auf den unhaltbaren Zustand. In der Angelegenheit sei bis heute nichts passiert. Das Thema Brandschutz werde hier zu langsam angegangen und sei zu wichtig. Herr Mönter habe hierzu erklärt, dass eine Sicherheitsanalyse sich in Arbeit befinde und danach die notwendigen Maßnahmen umgesetzt würden. Vor dem Hintergrund der bereits verstrichenen Zeit erwartete Herr Benden eine zügige Erledigung.

Beigeordneter Brunen erläuterte ergänzend, dass Herr Mönter die Situation bereits dargestellt habe und die Installation der vernetzten Brandmeldeanlage die Situation geschaffen habe, eine Risikoanalyse in Auftrag zu geben. Es sei vorgesehen, die hieraus gewonnenen Erkenntnisse und notwendigen Schritte nach den Ferien umzusetzen.

**TOP 6 Antrag der Fraktion Geilenkirchen bewegen! und FDP hinsichtlich der Förderung von Schulfahrten zu Gedenkstätten
Vorlage: 1296/2018**

Herr Kuhn erklärte zum Antrag seiner Fraktion, dass die Ausführungen ausreichend seien. Die Schulen seien informiert und in Kenntnis gesetzt worden über das Förderprogramm. Eine bessere Information durch die Verwaltung im Vorfeld sei jedoch aus seiner Sicht wünschenswert.

TOP 7 Bauvorentwurf zur Erneuerung der Sportfreianlage Immendorf sowie Fortschreibung des Entwicklungs- und Sanierungskonzeptes der städt. Sportfreianlagen i.d.F. vom 05.04.2017
Vorlage: 1274/2018

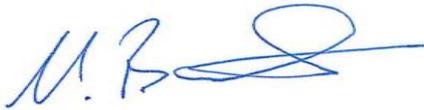
Der Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung einstimmig von der Tagesordnung gestrichen.

TOP 8 Anfragen

Anfragen lagen nicht vor.

Die Sitzung endete um 19:20 Uhr.

Vorsitzender



Marko Banzet

Schriftführer:



Hermann-Josef Lehnen